



Baden-Württemberg.de

📅 10.09.2012

PRÄVENTION

Tagung des Aktionsbündnisses Amoklauf Winnenden

Die Prävention von Gewalttendenzen bei Kindern und Jugendlichen ist angesichts der schrecklichen Morde beim Amoklauf von Winnenden und Wendlingen für Sozialministerin Katrin Altpeter eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe. Dies erklärte die Ministerin am Montag bei einer Fachtagung in Bad Boll, die von der Evangelischen Akademie zusammen mit dem Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden veranstaltet wurde. Vor allem komme es darauf an, die Sozialkompetenz zu stärken, so die Ministerin, die im Sonderausschuss des Landtags zu dem Amoklauf seinerzeit als Obfrau der SPD-Fraktion zahlreiche Empfehlungen des Gremiums maßgeblich mit erarbeitet hatte.

Altpeter: „Werteorientiertes Handeln und die Fähigkeit, Konflikte friedlich zu regeln und Frustration zu bewältigen: das sind die tragenden Säulen für ein faires Miteinander!“ Die Stärkung von Empathie, von Einfühlungsvermögen in das jeweilige Gegenüber, sei das „Herzstück“ zur Festigung von sozialer Kompetenz.

Die Ministerin rief dazu auf, überall dort wachsam zu sein, wo sich bei Kindern und Jugendlichen schwierige Entwicklungen andeuteten. „Dort brauchen wir eine Konfliktkultur und zugleich eine Kultur des Vertrauens.“

Die Sozialministerin unterstrich, dass sich die Landesregierung in vielfältiger Weise im Bereich der Gewaltprävention engagiere. Hierzu gehöre auch die Schulsozialarbeit als wichtiger Baustein der Gewaltprävention. Sie habe durchgesetzt, dass sich das Land 2012 erstmals wieder an der Finanzierung beteilige. Mit bis zu 15 Mio. Euro jährlich bezuschusst das Sozialministerium die Kosten der Schulsozialarbeit an öffentlichen Schulen.

Das Sozialministerium fördere darüber hinaus zahlreiche andere Projekte, z.B. das Fortbildungs- und Präventionsprogramm „Konflikt-Kultur“ in der Erzdiözese Freiburg, das besonders geeignet sei, Selbstkontrolle, Stressbewältigung, Kommunikations- und Konfliktfähigkeit sowie Eigenverantwortung zu fördern.

Pilotprojekt Umbruchphasen

Eine gute und verlässliche Bindung zu den Eltern ist nach den Worten von Ministerin Altpeter die beste Voraussetzung für ein glückliches und möglichst gewaltfreies Aufwachsen von Kindern und

Jugendlichen. Diese Bindung werde jedoch in schwierigen Umbruchphasen auf die Probe gestellt: bei der ersten Betreuung außer Haus, bei der Einschulung, beim Wechsel auf die weiterführende Schule, in der Pubertät und beim Übergang in Ausbildung und Beruf.

Mit dem Pilotprojekt „Umbruchphasen“ biete das Ministerium Rat suchenden Eltern ab dem kommenden Herbst über Beratungsmodule eine Hilfestellung. Informationsveranstaltungen zu den Umbruchphasen würden dann an ausgewählten Kindertageseinrichtungen und Schulen angeboten. Altpeter: „Wir wollen Eltern- und Familienbildung dahin bringen, wo Eltern sich regelmäßig aufhalten. Damit wollen wir auch die Familien erreichen, die traditionelle Angebote eher nicht annehmen.“

Die Ministerin verwies auch auf das Landesprogramm STÄRKE, das gerade für Familien in besonders schwierigen Lebenssituationen wertvolle und kostenfreie Familienbildungsangebote bereit halte.

Waffen als größtes Risiko für Gewaltexzesse und Amokläufe

Ministerin Altpeter erinnerte bei dem Fachgespräch in Bad Boll auch an die Aussage der Sachverständigen im Sonderausschuss Winnenden des Landtags, wonach Waffen eines der größten Risiken für Gewaltexzesse und Amokläufe sind. Auch seien die Folgen von Amokläufen immer dann am schlimmsten gewesen, wenn die Täter Zugang zu Großkaliberwaffen hatten. Altpeter: „Großkalibrige Faustfeuerwaffen in Privatbesitz sollten verboten werden!“ Sie sprach sich auch dafür aus, in den Satzungen der Schützenverbände die Voraussetzungen für einen Verbandsausschluss zu schaffen, wenn Waffen und Munition nicht ordnungsgemäß aufbewahrt werden.

Die Vorgaben des Waffenrechts seien noch immer unzureichend, so Ministerin Altpeter. „Wir stehen in der Pflicht, das Risiko für den Waffenmissbrauch durch Kinder und Jugendliche so weit wie möglich zu verringern. Jede Waffe weniger bedeutet ein Stück mehr Sicherheit.“

Waffenrecht sei aber Bundesrecht und die direkten Einflussmöglichkeiten der Länder deshalb beschränkt. Auch die SPD-Bundestagsfraktion habe die Bundesregierung mehrfach vergeblich aufgefordert, endlich eine Evaluierung der bisherigen Verschärfungen des Waffenrechts vorzulegen, die bereits Ende 2011 hätte vorliegen sollen. „Bei dieser Bundesregierung allerdings stoßen wir mit dem Wunsch nach Verschärfungen des Waffenrechts auf taube Ohren.“

Quelle:

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg

Link dieser Seite:

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/tagung-des-aktionsbuendnisses-amoklauf-winnenden>